

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Egbert Nitsch (Rendsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 13/6868, 13/6869 (Materialband) –**

Agrarbericht 1997

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Agrarbericht 1997 ist erstmals als gesamtdeutscher Agrarbericht abgefaßt. Durch die Änderung der Auswertungsmethoden für die Erfolgsdaten und die undifferenzierte Darstellung von landwirtschaftlichen Betrieben in Ost- und Westdeutschland im Agrarbericht 1997 ist ein Vergleich zum Vorjahr nicht mehr möglich. Damit wird die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft nicht realistisch wiedergegeben. Durch die Ausweisung gesamtdeutscher Durchschnittszahlen gehen wichtige Informationen über die Strukturentwicklung in West und Ost völlig verloren. Die formale Vereinheitlichung und Summierung entspricht nicht der vielfältigen Agrarstruktur in den verschiedenen Regionen Deutschlands. Haupterwerbsbetriebe gehen im Agrarbericht erst ab einem Standardbetriebseinkommen von 15 000 DM pro Jahr in die Berechnungen ein (bisher ab 5 000 DM), d. h. die ökonomischen Daten kleinerer Betriebe werden gar nicht mehr aufgenommen. Die Unterschiede innerhalb einzelner Betriebsgruppen werden verschleiert, obwohl die Betriebe in der Gewinnentwicklung deutliche Unterschiede zeigen, deren Kenntnis wesentliche Rückschlüsse auf die Agrarstruktur und erforderliche Maßnahmen ermöglichen würde.

Die Bundesregierung stellt trotz des Hinweises auf die mangelnde Vergleichbarkeit eine positive Einkommensentwicklung der deutschen Landwirtschaft und einen Anstieg des durchschnittlichen Gewinns fest. In Wirklichkeit hat sich die Lage der Landwirtschaft keineswegs verbessert, sondern eher verschlechtert. Der Agrarbericht 1997 verschleiert die negative Entwicklung. Der Strukturwandel hat sich sogar deutlich verschärft: so nahm die Zahl

der landwirtschaftlichen Betriebe in den alten Bundesländern 1996 um 3 % ab. Innerhalb eines Jahres gingen 55 300 Arbeitsplätze in der deutschen Landwirtschaft verloren. Dadurch verschärft sich die soziale Lage im ländlichen Raum deutlich. Auch Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft sind vielfach nicht mehr gewährleistet.

Die Subventionen überstiegen 1996 erstmals den Produktionswert der Landwirtschaft. Jeder zweite Betrieb lebt von der Substanz, auch die teilweise hohen Eigenkapitalverluste verschweigt der Agrarbericht 1997. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wird der zunehmenden Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft nicht gerecht. Fast 60 % der Betriebe sind mittlerweile gezwungen, ein außerlandwirtschaftliches Einkommen zu erwirtschaften, um existieren zu können. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht in Sicht. Es fehlen Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft sowie tragfähige Konzepte und deren Umsetzung. Der Agrarbericht 1997 spiegelt nicht die verschlechterte Einkommenssituation der Landwirtschaft wider, die geprägt ist von sinkenden Erzeugerpreisen (mit Ausnahme von Schweinefleisch). Vor allem kleine Betriebe leiden unter einem Rückgang der Gewinne, allen voran Betriebe im Wein- und Gartenbau. Die landwirtschaftlichen Unternehmen nehmen nach wie vor nicht an der allgemeinen Einkommensentwicklung teil, die Einkommensschere verbreitert sich weiter. Der Durchschnittsgewinn von 53 973 DM pro Jahr und Unternehmen ist weit entfernt von dem gewerblichen Vergleichslohn. Trotz guter Ernten in 1996, höherer Flächenausstattung der Betriebe und Umsatzsteigerungen, ist kein Aufwärtstrend in den landwirtschaftlichen Unternehmen zu erkennen.

Die Agrarpolitik der Bundesregierung mit der Ausrichtung auf billige Rohstoffproduktion hat den sinkenden Marktwert von Lebensmitteln mitverursacht. Verbraucherinnen und Verbraucher geben mittlerweile nur noch 15 % ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Die Preise sind z. T. seit 20 Jahren konstant oder sogar sinkend. Eine einseitige Orientierung auf die quantitative Produktion hat letztlich zu einem Imageverlust der deutschen Lebensmittel geführt. Zahlreiche Skandale wie Schweinepest, Rinderwahnsinn, Antibiotika im Fleisch, Bakterien in der Milch haben das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in deutsche Lebensmittel zutiefst erschüttert.

Eine Abkehr von der einseitigen Ausrichtung auf Massenproduktion ist dringend erforderlich. Eine qualitätsorientierte, umweltgerechte Produktion, die gesundheitlich unbedenkliche Lebensmittel produziert, ist zu präferieren und gezielt zu fördern. Verbraucherschutzaspekte und Arbeitsplatzerhaltung sind in der Landwirtschaftspolitik stärker zu berücksichtigen.

Die massive Kürzung des Bundesanteils zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) um 0,5 Mrd. DM gegenüber 1996 steht in krassem Widerspruch zu den im Agrarbericht postulierten Zielen der Agrarpolitik. Die Erweiterung der GAK-Fördergrundsätze um die Förderung land- und forstwirtschaftlicher Bausubstanz führt dazu, daß noch mehr Förderbereiche um weniger Mittel konkurrieren. Dadurch wird keine gezielte „Verbesserung der Produkti-

ons- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft“ (GAK-Gesetz § 1 Abs. 1) erreicht, sondern die knappen Mittel werden weiter nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt. Demgegenüber läßt eine zukunftsfähige Neuausrichtung der GAK, die eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und den Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum in den Mittelpunkt ihrer Förderung stellt, weiter auf sich warten. Durch den späten Beschluß über die Höhe und Verteilung der GAK-Mittel am 7. Mai 1997 für das Haushaltsjahr 1997 wurde die Planungssicherheit der Länder für 1997 fahrlässig behindert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Agrarbericht künftig zu gewährleisten, daß eine differenzierte und realistische Einschätzung der Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft und eine Vergleichbarkeit zu vorherigen Jahren gewährleistet bleibt. Die Kosten und Belastungen sind differenziert nach Betriebstypen, Größenklassen, Rechtsformen aufzuzeigen;
2. die Agrarpolitik und die Leitlinien des Agrarberichtes zukunftsfähig zu gestalten und dafür die Chancen von Qualitätsprodukten, die bislang nur eine Nischenfunktion erfüllten, durch eine Neuausrichtung der Förderung im Bundeshaushalt und in der GAK deutlich zu verbessern, die Marktentwicklung für regionale und Qualitätsprodukte angesichts der Finanzplanungen der EU deutlich voranzutreiben;
3. dem Schutz und den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher eine höhere Bedeutung einzuräumen und in diesem Zusammenhang die EU-Kommission mit Nachdruck aufzufordern, sich bei den zukünftigen WTO-Verhandlungen für die Berücksichtigung verbraucherinnen- und verbraucherrelevanter Aspekte und die Aufnahme von sozialökologischen Standards einzusetzen sowie den Tierschutz stärker in der Produktion zu verankern und zu fördern;
4. die Kürzungen der Mittel für die GAK im nächsten Haushalt wieder rückgängig zu machen und die Fördergrundsätze in der Gemeinschaftsaufgabe schwerpunktmäßig auf ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum und regionale Vermarktungskonzepte auszurichten.

Bonn, den 4. Juni 1997

Ulrike Höfken

Steffi Lemke

Egbert Nitsch (Rendsburg)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

